



POLEN-ANALYSEN

www.laender-analysen.de/polen

NEUE ENTWICKLUNGEN IN DER POLNISCHEN LINKEN

- | | |
|--|----|
| ■ ANALYSE | |
| Die polnische Linke zwischen Aufbruch und Dauerkrise | 2 |
| Stefan Garsztecki, Chemnitz | |
| ■ DOKUMENTATION | |
| Programmatische Aussagen der SLD und von »Europa Plus« | 7 |
| ■ UMFRAGE | |
| Vertrauen zu Politikern und »Sonntagsfrage« | 10 |
| <hr/> | |
| ■ CHRONIK | |
| Vom 16. April bis zum 6. Mai 2013 | 14 |
| <hr/> | |
| ■ VERANSTALTUNGSHINWEIS | |
| Deutsch-Polnische Sommerakademie des Deutschen Polen-Instituts für
Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler | 17 |

*Herausgegeben mit finanzieller Unterstützung
der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit*



FUNDACJA WSPÓŁPRACY
POLSKO-NIEMIECKIEJ
STIFTUNG
FÜR DEUTSCH-POLNISCHE
ZUSAMMENARBEIT



Die polnische Linke zwischen Aufbruch und Dauerkrise

Stefan Garsztecki, Chemnitz

Zusammenfassung

Auch wenn Polen im Gegensatz zu anderen ostmitteleuropäischen Nachbarländern wie Ungarn oder die Slowakei bis dato relativ gut durch die Finanzkrise gekommen ist, verwundert es dennoch, dass seit der Abwahl der polnischen Linken im Jahr 2005 bis heute keine Linkspartei eine große Rolle im politischen Leben des Landes spielt. Die *Demokratische Linksallianz* (*Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD*), eine direkte Nachfolgepartei der bis 1989 regierenden *Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei* (*Polska Zjednoczona Partia Robotnicza – PZPR*) konnte nach 1989 zweimal für jeweils eine Wahlperiode von 1993–1997 und von 2001–2005 als stärkste Partei nach den Wahlen die Regierung stellen, aber nach 2005 gelang es ihr nicht mehr, in die Konkurrenz zwischen der regierenden *Bürgerplattform* (*Platforma Obywatelska – PO*) um Ministerpräsident Donald Tusk und der nationalkonservativen Partei *Recht und Gerechtigkeit* (*Prawo i Sprawiedliwość – PiS*) um ihren Parteichef Jarosław Kaczyński einzugreifen. Dabei geht auch in Polen die soziale Schere auseinander und sind die Arbeitsbedingungen und Arbeitsverhältnisse zum Teil als sehr problematisch zu bezeichnen. Zudem sollte doch angesichts der Dominanz der liberal- bzw. nationalkonservativen Parteien *PO* und *PiS* und der wie auch in anderen westlichen Gesellschaften geführten Debatten um die Stellung der Frau, um Abtreibung, gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaft oder die Rolle der Kirche im öffentlichen Bereich eine parteipolitische Alternative für einen Teil der Wähler attraktiv sein. Schließlich schien auch der mit viel nationalem Pathos geführte öffentliche Diskurs nach der Katastrophe von Smolensk (April 2010) für die polnische Linke eine Vorlage für Präsidentschafts- und Parlamentswahlen gewesen zu sein. Die Ergebnisse und auch aktuelle Umfragen können dies bis heute nicht bestätigen.

Die Geschichte der *SLD* war lange Zeit eine Erfolgs-story. 1990 wurde sie als Wahlbündnis von etwa dreißig verschiedenen Gruppierungen gegründet, darunter auch der *Sozialdemokratie der Republik Polen* (*Socjaldemokracja Rzeczypospolitej Polskiej – SdRP*), der eigentlichen Nachfolgepartei der bis 1989 herrschenden *PZPR*. Auch die Umgestaltung der *SLD* in eine homogene Partei im Jahr 1999 schien den Erfolg weiter zu befördern. Obwohl etliche ihrer Spitzenleute wie der erste Vorsitzende ab 1999, Leszek Miller, oder Aleksander Kwaśniewski, der von 1995–2005 für zwei Amtszeiten ein sehr populärer Staatspräsident war, bereits in der Endphase der Volksrepublik Polen in höchste Staats- und Parteiämter aufgestiegen waren, tat dies ihrer Popularität keinen Abbruch. Beginnend mit den ersten vollständig freien Wahlen im Herbst 1991 legte die *SLD* von 12 % Stimmenanteil in jenem Jahr bei allen folgenden Wahlgängen zu – bis hin zu seinem Spitzenergebnis von 41 % im Jahr 2001. Sie stellte in dieser Zeit drei Mal den Ministerpräsidenten des Landes mit Józef Oleksy (3/95–01/96), Włodzimierz Cimoszewicz (02/96–10/1997) und Leszek Miller (10/2001–05/2004), ohne dass einem von ihnen aus unterschiedlichen Gründen eine volle Amtszeit beschieden gewesen wäre, zeichnete für zwei Wahlperioden (1993–1997 und 2001–2005) politisch für die Regierung verantwortlich und stellte für zehn Jahre mit dem damaligen Präsidenten Kwaśniewski auch den populärsten Politiker des Landes aus den eigenen

Reihen. Seit der Abwahl im Herbst 2005, als die *SLD* nur noch auf 11,3 % der Stimmen bei den Wahlen zum Sejm kam, konnte die *SLD* auch in den folgenden Parlamentswahlen in den Jahren 2007 (13,15 %) und 2011 (8,2 %) nicht mehr an alte Erfolge anknüpfen, und auch die im März dieses Jahres vom angesehenen Meinungsforschungsinstitut CBOS (*Centrum Badania Opinii Społecznej – Zentrum zur Erforschung der öffentlichen Meinung*) ermittelten 10 % stellen keine dramatische Verbesserung dar.

Die Geschichte eines Absturzes

Die Gründe für diesen Niedergang sind vielfältig. Hier sind erstens sicherlich einige Korruptionsaffären in den Reihen der *SLD*-Regierung in den Jahren 2001–2004/05 anzuführen, die gemeinsam mit der schlechten wirtschaftlichen Situation und einer hohen Arbeitslosigkeit das Vertrauen in die Regierung erschütterten. Zweitens müssen auch die personellen Querelen in der *SLD* genannt werden. Bevor Ende Mai 2005 der damals erst 31-jährige Wojciech Olejniczak die Führung der *SLD* übernahm, waren mit Leszek Miller (4/1999–3/2004), Krzysztof Janik (3/2004–12/2004) und Józef Oleksy (12/2004–5/2005) in etwas mehr als einem Jahr drei Vorsitzende abgelöst worden. Damit aber nicht genug, Olejniczak verlor auf einem Parteitag Ende Mai 2008 die Kampfabstimmung gegen den gleichaltrigen Grzegorz Napieralski, der sich zwar solide in den Präsidentschafts-

wahlen des Jahres 2010 mit 13,68 % schlug, aber im Herbst 2011 nach dem schlechtesten Wahlergebnis der Partei bei Parlamentswahlen seinen Hut nehmen musste und im Dezember 2011 vom bis heute amtierenden fast 67-jährigen Leszek Miller abgelöst wurde, ein Comeback, das einige Jahre zuvor noch als sehr unwahrscheinlich gegolten hätte. Nachdem Miller bei den Parlamentswahlen im Jahr 2007 nicht mehr für die SLD von der Parteiführung nominiert worden war, trat er aus der Partei aus, schloss sich kurzfristig und erfolglos der populistischen *Selbstverteidigung (Samoobrona)* auf deren Liste an, bevor er im Jahr 2008 die neue Partei *Polens Linke (Polska Lewica – PL)* gründete und gleich deren Vorsitz übernahm. Im Jahr 2010 erfolgte dann die Rückkehr zur SLD, im darauf folgenden Jahr die Rückkehr in den Sejm und im Dezember des gleichen Jahres der erneute Vorsitz! Unberührt davon gehört Leszek Miller nach wie vor zu den beliebtesten Politikern des Landes. Nach dem populären polnischen Präsidenten Bronisław Komorowski (aus den Reihen der *PO*), dem erst vor kurzem aus dem SLD hinausgeworfenen Politiker Ryszard Kalisz und Außenminister Radosław Sikorski (*PO*) ist er der viertpopulärste Politiker des Landes und lässt dabei seine Partei weit hinter sich, die gerade einmal bei zehn Prozent liegt. In einer nach wie vor konservativen Gesellschaft wie der polnischen scheint der erfahrene und seit einem Vierteljahrhundert bekannte Miller die jungen, blassen Nachwuchspolitiker der SLD in den Augen der Bevölkerung klar auszusteichen, ohne allerdings programmatisch neue Wählerschichten zu überzeugen und die SLD in Umfragen dauerhaft über die 10 % heben zu können.

Ein dritter Punkt ist wohl die jahrelange programmatische Schwäche der SLD, auf die noch gesondert einzugehen sein wird. Dominant schien lange Jahre der Machterhalt bzw. die Machteroberung, und auch die Einstellung zur vor allem ökonomischen Transformation rief immer wieder Kritik von anderen linken Gruppierungen hervor, da Spitzenpolitiker der SLD von Privatisierungsprozessen zu Beginn der 1990er Jahre als Teil der alten Elite profitiert hatten. Im Übrigen war dies ein Modell, wie der im letzten Jahr verstorbene polnische Ökonom Tadeusz Kowalik ausgeführt hat, das alle neuen Eliten betraf und nicht nur die Postkommunisten.

Schließlich trugen die Korruptionsaffären und die sinkende Unterstützung für die SLD am Ende der Parlamentsperiode 2001–2005 dazu bei, dass es heftige interne Auseinandersetzungen mit den bereits angeführten häufigen Führungswechseln und auch die Abspaltung einer größeren Gruppe von Abgeordneten gab. Als der damalige Sejmarschall Marek Borowski mit anderen Parteimitgliedern in seinem Bestreben nach Erneuerung der Partei nicht auf offene Ohren stieß und

die Mehrheit der Führungsriege offenbar einen langsameren Reformkurs anstrebte, gründete er im März 2004 gemeinsam mit anderen Politikern der SLD wie auch des linken Milieus die *Polnische Sozialdemokratie (Socjaldemokracja Polska – SdPl)*. Im Gründungsdokument wurde auf die damals schlechten Umfragewerte der SLD hingewiesen sowie darauf, dass Machteroberung für die SLD Priorität habe.

Auch die zwischen September 2006 und April 2008 funktionierende Koalition *Linke und Demokraten (Lewica i Demokraci – LiD)*, zu der neben der SLD und der *SdPl* noch die *Arbeitsunion (Unia Pracy – UP)* und die *Demokratische Partei (Partia Demokratyczna – PD)* gehörten, trug zur weiteren Zersplitterung der sozialdemokratischen und linksliberalen Kräfte in Polen bei, ohne dass jenseits der SLD einer dieser Gruppierungen ein dauerhafter Wahlerfolg beschieden war. Die *UP* war 1992 aus kleineren linken Parteien heraus entstanden, während die *PD* im Jahr 2005 aus den Resten der *Freiheitsunion (Unia Wolności – UW)*, dem intellektuellen Milieu der ehemaligen Gewerkschaft *Solidarność*, hervorgegangen war. Nach Austritt der *PD* und angesichts des bescheidenen Wahlerfolges mit 13,15 % bei den Parlamentswahlen von 2007 hörte diese Koalition linker Parteien 2008 auf zu existieren.

Die Zersplitterung und die Schwäche der linken Parteien sind aber weiterhin ebenso aktuell wie die Frage einer programmatischen Erneuerung und neuer Führungsfiguren, die neue Wählerschichten erschließen könnten.

Programmatische Erneuerung?

Natürlich ist zunächst einmal zu fragen, was es in Polen überhaupt bedeutet, politisch »links« zu sein. Über diese Frage wird mit Fug und Recht auch in Deutschland gestritten, während politikwissenschaftliche Nachschlagewerke es vermeiden, hier einen Definitionsversuch vorzunehmen. Ganz allgemein könnte man heute das Eintreten für die gesellschaftlich Unterprivilegierten, das Recht auf Arbeit, Forderungen nach gesellschaftlicher Umverteilung und egalitäre Grundpositionen sowie eine stärkere Rolle des Staates als links bezeichnen, wobei sich in der ideologischen Rechtfertigung bei der Geschichte der Arbeiterbewegung und ganz allgemein der Aufklärung bedient wird. In Polen ist hingegen ein Definitionsversuch ungleich schwieriger, da der Systemwechsel ja auf grundlegender Einigkeit der politischen Kräfte über demokratische und ökonomische Reformen beruhte und die Anfang der 1990er Jahre durchgeführte Schocktherapie eines Leszek Balcerowicz sowie die Privatisierungspolitik auch von der SLD in Regierungsverantwortung fortgeführt wurde. Dennoch lassen sich unterschiedliche Merkmale der Linken wie der Rechten in Polen ausma-

chen, wenn sich auch hinter beiden Begriffen eine breite Palette unterschiedlicher Gruppierungen aufzählen lässt.

Auch in Polen kann man unter links nach Selbsterklärungen unterschiedlicher Gruppierungen den Einsatz für sozial und gesellschaftlich Schwächere, eine starke Rolle des Staates, das Eintreten für eine strikte Trennung von Staat und Kirche und einen fürsorglichen Staat (Wohlfahrtsstaat) verstehen, der zudem demokratisch und in der Außenpolitik proeuropäisch ausgerichtet ist, wie Tomasz Godlewski in einer umfangreichen Untersuchung herausgearbeitet hat. Auch die in gewissen Abständen von CBOS durchgeführten Untersuchungen, auf die Godlewski in seiner Untersuchung zurückgreift, belegen in der Wahrnehmung der Bevölkerung durchaus unterschiedliche Wertekataloge für links und rechts. Mit links werden danach vor allem die Sorge um den Bürger, also soziale Fragen und soziale Gerechtigkeit, aber – im Jahr 2000 – auch noch die Verbindung mit der alten Ordnung verknüpft, während mit rechts als Spitzenwerte Nation und Katholizismus bzw. als zweiter Wert Kapitalismus assoziiert wurden. Die Auseinandersetzungen um Geschichtspolitik in Polen in den letzten zirka zehn Jahren, um das »richtige« Erinnern an den Zweiten Weltkrieg, an den Holocaust, an Katyn, die Diskussionen um den Platz von Religion im öffentlichen Raum, deutlich geworden in jüngster Zeit anhand des Diskurses über die Flugzeugkatastrophe von Smolensk im April 2010, all das hat die Unterschiede zwischen Links und Rechts deutlicher gemacht. Allerdings haben nationale, geschichtspolitische Themen und auch die innenpolitischen Auseinandersetzungen um die Flugzeugkatastrophe von Smolensk und deren angemessene Aufarbeitung in den letzten Jahren die innenpolitische Auseinandersetzung dominiert – sicherlich zum Nachteil der Linken, die hierbei kaum präsent war.

Unabhängig davon hat die *SLD* in den letzten Jahren versucht, sich programmatisch neu aufzustellen. Dabei sind insgesamt drei Initiativen auszumachen. Hier ist zunächst das im Januar 2011 von Janusz Reykowski und anderen Autoren vorgestellte Buch »Projekt dla Polski. Perspektywa lewicowa« (Projekt für Polen. Eine linke Perspektive) anzuführen. Prominente Autoren aus der *SLD* bzw. deren Umfeld versuchen in diesem programmatischen Buch nach Angaben des Herausgebers Reykowski, parteipolitische, soziale und weltanschauliche Fragen miteinander zu verknüpfen und Wege zur Verbesserung des demokratischen Kapitalismus aufzuzeigen. In Bezug auf die Parteipolitik gilt es danach, die Wahlchancen der Linken zu verbessern. Dazu gehört auch, dass sich die *SLD* mehr und mehr als Einigungsfaktor linker sozialer Bewegungen – genannt werden ökologische, antimilitaristische und antiglobalistische Gruppierungen – verstehen möchte. Dieses Buch und

seine Überlegungen wurden von den Autoren in verschiedenen Städten Polens präsentiert und diskutiert, wie die Vierteljahresschrift »Myśl Socjaldemokratyczna« (Sozialdemokratischer Gedanke), die seit 1991 erscheint und für die *SLD* ein wichtiges Diskussionsorgan ist, berichtet. Allerdings wird in den Beiträgen dieser Zeitschrift und auch in den Diskussionen über das »Projekt für Polen« einmal mehr die Debatte über die Bewertung der Volksrepublik Polen geführt, über ihre Fehler und Errungenschaften. Hier sind die Reaktionen, soweit es aus den Berichten der Autorentreffen hervorgeht, gespalten. Schließlich gibt es auch Stimmen in dieser Debatte, die der *SLD* vorwerfen, für die Einführung der herrschenden liberalen Doktrin und die Auswüchse des Kapitalismus mit verantwortlich zu sein.

Neben diesen Auseinandersetzungen innerhalb der *SLD* scheint das »Projekt für Polen« aber auch potentiell ein Akzeptanzproblem zu haben. Erstens waren einige der Autoren der Veröffentlichung wie Jerzy Wiatr oder Janusz Reykowski bis zum Ende der Volksrepublik Polen eng mit diesem System verbunden. Zweitens gehören mit Ausnahme von Andrzej Romanowski alle Autoren – u. a. noch Andrzej Mencwel und Zdzisław Sadowski – der Generation 70+ an, sind zum Teil deutlich über 80 und dürften damit über die Rolle des Stichwortgebers nicht hinauskommen. Es fehlen sowohl die Verbindung in das Milieu linker und alternativer Gruppierungen wie auch der Politiker, der diese Ideen zündend aufgreifen könnte. Die bekannte polnische Frauenrechtlerin und Feministin Magdalena Środa hatte denn auch kritisiert, dass sie zur Buchpremiere und Diskussionsrunde mit den Autoren im März 2011 in Warschau nicht eingeladen worden war. Dass zudem keine Autorin an dem Bericht beteiligt war, ist ein weiterer Mangel.

Das »Projekt für Polen« knüpft an vorherige Versuche an, die verschiedenen linken Milieus zu einigen und die *SLD* weiter für Menschen mit anderen politischen Biographien, die nicht mit der Volksrepublik Polen und der dort herrschenden *PZPR* verbunden waren, zu öffnen. Der Versuch des damaligen Präsidenten Aleksander Kwaśniewski, eine erfolgreiche neue linksliberale oder sozialdemokratische Partei zu schaffen, war weder mit der *PD* noch mit der *Polnischen Sozialdemokratie* unter Marek Borowski erfolgreich. Auch hinter dem »Projekt für Polen« steht letztlich Kwaśniewski, der das Zentrum für Politische Analysen (*Centrum Politycznych Analiz*), das dieses Projekt unter der Leitung von Reykowski durchgeführt hat, initiierte. Neben dem schwachen Abschneiden der *SLD* in Wahlen und den ideologischen und personellen Auseinandersetzungen bei der Linken dürfte der ehemalige Präsident dabei auch von eigenen Ambitionen und dem Wunsch nach einem politischen Comeback angetrieben worden sein.

Neben dem »Projekt für Polen« muss das aktuelle Programm der *SLD* aus dem Jahr 2011 »Jutro bez obaw. Program dla Polski« (Das Morgen ohne Ängste. Programm für Polen) genannt werden. Hier wird der Versuch unternommen, eine linke Identität zu definieren, wobei man sich auf die Schlagworte der französischen Revolution: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit bezieht. Zugleich stellt man sich in die Traditionen der polnischen und der europäischen Linken. Angeknüpft wird dabei nicht an die Volksrepublik Polen, sondern an Größen der polnischen sozialistischen Bewegung vom Ende des 19., Anfang des 20. Jahrhunderts und der II. Polnischen Republik der Zwischenkriegszeit wie Bolesław Limanowski, Ignacy Daszyński, Adam Ciołkosz oder Stanisław Brzozowski, die, wie z. B. der Philosoph und Schriftsteller Brzozowski, noch heute zum Kanon intellektueller Linker gehören. Ansonsten versucht das umfangreiche Programmdokument in den Abschnitten Staat, Gesellschaft und Wirtschaft Antworten auf die Herausforderungen der späten Moderne zu finden.

Insgesamt ist das Programm der *SLD* deutlich stärker auf den Wahlerfolg zugeschnitten. Im »Projekt für Polen« wurde noch intensiv der Frage der Identität der Linken nachgespürt, was im *SLD*-Dokument keine Rolle spielt. Jerzy Wiatr, der im »Projekt für Polen« für den Abschnitt zur Identität der Linken verantwortlich zeichnete, nannte in einer Diskussionsrunde über das »Projekt für Polen« vier grundlegende Werte für die Linke, auf die man sich einstimmig geeinigt habe: Freiheit, Gerechtigkeit, Patriotismus und internationale Solidarität. Keines dieser Schlagworte taucht im *SLD*-Programm auf.

Schließlich muss noch ein dritter programmatischer Ansatz genannt werden, der von der *SLD* und Teilen des linken, *SLD*-nahen Milieus verfolgt wird, und zwar der für Juni 2013 geplante Programmkongress der Linken. In einem Beschluss des Landesvorstandes der *SLD* vom April 2013 wird darauf hingewiesen, dass dies im 21. Jahrhundert der erste Kongress sein werde, der unterschiedliche Strömungen der polnischen Linken zusammenführen werde. Allerdings gibt es bereits Streit über die Einladungen und die anwesenden Personen. Weil auch General Wojciech Jaruzelski eingeladen ist, hat Piotr Duda, der Chef der Gewerkschaft *Solidarność*, seine Teilnahme bereits abgesagt. Leszek Miller, Chef der *SLD*, sieht auf dem Kongress keinen Platz für Janusz Palikot, der mit seiner linksliberalen Bewegung bei den letzten Sejm-Wahlen im Jahr 2011 mit klaren Aussagen gegen die Kirche und etlichen provokativen und unkonventionellen Auftritten 10,1 % der Stimmen erhielt. Aleksander Kwaśniewski möchte ihn hingegen gern dabei haben, da er seit langem die Idee einer breiten linken Plattform, die nicht zwingend unter *SLD*-Füh-

rung organisiert sein muss, verfolgt. Von einer Einigung scheint das linke Milieu noch ein Stück entfernt zu sein.

»Europa Plus« und die *SLD*

Der jüngste Versuch, die zerstrittene polnische Linke zu einigen und die Wahlchancen für eine linksliberale Gruppierung links von der *PO* zu vergrößern, wurde im Februar 2013 erneut von Aleksander Kwaśniewski mit der Initiative »Europa Plus« unternommen. Vom Namen her knüpft diese Gruppierung an europäische Fragen an, und es war von Beginn an ein erklärtes Ziel, mit einer eigenen Liste zu den Europawahlen im kommenden Jahr anzutreten. Inhaltlich wird in der auf der Homepage veröffentlichten programmatischen Erklärung – ein richtiges Programm gibt es noch nicht – zu einer weiteren Integration Europas aufgerufen. Ziel müsse eine neue, föderale Union sein, da die alte EU, der Polen beigetreten ist, nicht mehr existiere. Für Polen bedeute das, möglichst schnell der Euro-Zone beizutreten, sich für institutionelle Veränderungen der EU stark zu machen und eine aktive Politik in Bereichen wie einer gemeinsamen Energiepolitik oder bei der Entwicklung neuer Technologien zu verfolgen.

Vorgelegt wurde die Initiative im Februar 2013 neben Kwaśniewski noch von Janusz Palikot und Marek Siwiec. Palikot ist mit seiner Bewegung in Umfragen schon seit längerem deutlich unter den bei den letzten Sejmwahlen erzielten 10,1 % und sucht neue Bündnispartner. Als ehemaliges *PO*-Mitglied ist er dort nicht zuletzt auch aufgrund seiner akzentuierten antiklerikalen Äußerungen ein rotes Tuch, bringt aber in die Allianz mit Kwaśniewski und linken Gruppierungen eben genau diese klaren Aussagen und den Erfolg vor allem bei jüngeren Wählern mit ein. Siwiec ist als ehemaliger *SLD*-Politiker, der dem Präsidenten Kwaśniewski in unterschiedlichen Funktionen diente und der auch die Präsidentschaftskampagne des für die *SLD* startenden Włodzimierz Cimoszewicz im Jahr 2005 leitete, noch bestens in der *SLD* vernetzt. Im Dezember 2012 verließ er die *SLD* und schloss sich der *Palikot-Bewegung* (*Ruch Palikota*) an. Die engen Verbindungen zur *SLD* wurden auch dadurch betont, dass auch Ryszard Kalisz, zum damaligen Zeitpunkt noch *SLD*-Politiker und einer der populärsten Politiker des Landes, seine Unterstützung für »Europa Plus« ausdrückte. Nachdem er gegen Miller im Dezember 2011 die Wahl zum Vorsitzenden der *SLD* verloren hatte, gehörte er dem Präsidium der *SLD* an. Aufgrund seiner Unterstützung für die Initiative »Europa Plus« wurden zunächst seine Mitgliedsrechte in der *SLD* im März 2013 ausgesetzt, bevor er Anfang April dann aus der Partei ausgeschlossen wurde.

Die Nervosität der *SLD* und wohl insbesondere von Leszek Miller sind offensichtlich. Nach Aussagen füh-

render Personen von »Europa Plus« ist es natürlich das Ziel, eine Partei zu schaffen, die mit ihrem linksliberalen, proeuropäischen Profil sowohl auf die Wähler der PO wie auch die der SLD abzielt. Zudem ist ja die SLD seinerseits bemüht, sich mehr und mehr als Dachorganisation und Kristallisationspunkt unterschiedlicher linker Parteien und Strömungen zu präsentieren, wie der für Juni einberufene Programmkongress belegt. Hinzu kommt noch eine persönliche Konkurrenz beider Politiker, von denen der eine, Miller, stets der Mann des Apparates war, der nicht zuletzt deshalb innerhalb der Partei populär ist, und der andere, Kwaśniewski, schon seit langem das enge Korsett der Parteidisziplin abgestreift hat. Miller lehnte in einem Interview denn auch mit scharfen Worten jegliche Verbindung mit der Palikot-Bewegung und »Europa Plus« ab und verwies auf das Programmstatut der SLD und einen jüngsten Beschluss des Landesvorstandes der SLD vom April 2013, der ein Engagement von SLD-Mitgliedern im Projekt »Europa Plus« ausdrücklich ausschließt.

Neben diesen persönlichen Animositäten und der Konkurrenzsituation zwischen SLD und »Europa Plus« hat diese Initiative aber noch zwei andere Geburtsfehler, die nur zum Teil zu beheben sind.

Da ist zum einen die Person von Janusz Palikot selbst. Zwar zieht er durch sein unkonventionelles Auftreten und seine drastische, zum Teil vulgäre Sprache an die Adresse von PiS und hier insbesondere auch Jarosław Kaczyński Wähler an, aber nach Umfragen von CBOS wird in Polen keinem Politiker mit so viel Misstrauen begegnet wie ihm.

Zum anderen ist es fraglich, ob »Europa Plus« als Partei erfolgreich sein kann. Die Distanz zu alternativen linken Milieus, zu Globalisierungsgegnern, linken Intellektuellen und feministischen Gruppierungen scheint zu groß, die programmatischen Aussagen momentan noch zu eng gestrikt. In vielen linken Strömungen und Publikationen wie z. B. der Zeitschrift »Krytyka Poli-

tyczna« (Politische Kritik) ist man in weltanschaulichen und gesellschaftlichen Fragen viel progressiver und zugleich theoretisch anspruchsvoller, und auch feministische Gruppierungen dürften sich mit der Initiative schwer tun. Zwar ist Ryszard Kalisz von Kwaśniewski als Verbindungsperson zu feministischen Milieus angegeben worden, aber der Praxistest steht da noch aus. Wanda Nowicka, stellvertretende Sejmarschallin und Vorsitzende des Verbands für Frauenrechte und Familienplanung (Federacja na rzecz Kobiet i Planowania Rodziny) wurde im Februar von der Palikot-Bewegung ausgeschlossen und auch der im Juni 2009 entstandene Kongress der Frauen (Kongres Kobiet) dürfte zu selbstbewusst und unabhängig sein, um sich vor den parteipolitischen Karren spannen zu lassen, obgleich die Bewegung eine Reihe von Frauen in ihr Personaltableau integriert.

Dem gegenüber scheint die SLD eher in der Lage zu sein, auch andere linke Milieus zu integrieren, da sie programmatisch mittlerweile breiter aufgestellt ist. Um auch an der Wahlurne in Zukunft Erfolg zu haben, muss sie erstens stärker als bisher neue linke Milieus und Bewegungen ansprechen, womöglich integrieren, wie z. B. die Frauenbewegung oder Globalisierungsgegner. Zweitens muss sie sich personell für die Zeit nach Leszek Miller erneuern. Zwei junge Vorsitzende sind mit Olejniczak und Napieralski in kurzer Zeit verbrannt worden und eine nachwachsende Generation ist momentan nicht in Sicht. Drittens sollten die Auseinandersetzungen über eine Bewertung der Volksrepublik Polen den Historikern überlassen werden, bei gleichzeitiger Anknüpfung an ältere sozialistische Traditionen, so wie es das Programm der SLD praktiziert. Mit Menschen, die vor allem im alten System verwurzelt sind, und ohne gut ausgebildete junge Menschen aus den urbanen Zentren des Landes wird die SLD auch in Zukunft weder Wahlen gewinnen noch als Koalitionspartner in Frage kommen.

Über den Autor

Prof. Dr. Stefan Garsztecki, Politologe, ist Professor für Kultur- und Länderstudien Ostmitteleuropas an der TU Chemnitz.

Programmatische Aussagen der SLD und von »Europa Plus«

Entschließung des Landesrates der SLD zur gegenwärtigen gesellschaftspolitischen Situation im Land. LINKE ALTERNATIVE

In Polen ist die Weltwirtschaftskrise angekommen. Seit Anfang des Jahres verschlechtert sich die Situation im Land. Es traten eine deutliche wirtschaftliche Verlangsamung sowie ein deutlicher Rückgang des Tempos des Wirtschaftswachstums ein. Die Arbeitslosigkeit erreicht trotz massenhafter Emigration fast 15 Prozent. Über 2,3 Millionen Polen haben keine Arbeit, darunter über 400.000 junge Menschen im Alter bis zu 24 Jahre. Dies ist begleitet von Zukunftsängsten.

Gleichzeitig zieht sich der Staat aus der Verantwortung für weitere Bereiche des öffentlichen Lebens zurück. Im Gesundheitswesen herrscht Chaos. Dieses wird von der Passivität seitens der Regierung begleitet. In der Wirtschaft fehlen jegliche Impulse für Entwicklung. Es mangelt auch an umfassenden Programmen für den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, insbesondere zugeschnitten auf die besonders betroffenen Gruppen, junge Polen und über 50-Jährige. Die gesellschaftliche Ungleichheit und Armut wachsen. Es steigt die Kinderarmut.

Die Demokratische Linksallianz [Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD] stellt seit langem konsequent eine programmatische Alternative zur Politik der Regierungskoalition aus Bürgerplattform [Plattform Obywatelska – PO] und Polnischer Bauernpartei [Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL] dar. Wir präsentieren unsere Haltung und neuen Lösungen im Bereich Gesundheitswesen. Wir präsentieren und forcieren auf Treffen mit der Regierung unsere Postulate im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Wir haben ein ganzheitliches Wirtschaftsprogramm vorgelegt, das die Chance auf ein schnelles Wirtschaftswachstum und die Schaffung neuer Arbeitsplätze umfasst.

Allein die Demokratische Linksallianz verfügt über eine kohärente und glaubwürdige Programmalternative gegenüber der konservativ-liberalen Rechten, die Polen regiert. Die Polinnen und Polen haben die Wahl: Marasmus der PO-PSL-Koalition, Smolensk-Wahnsinn von Recht und Gerechtigkeit [Prawo i Sprawiedliwość – PiS] oder die moderne europäische Alternative Demokratische Linksallianz.

Wir laden alle, die an der Gestaltung dieser Alternative interessiert sind, sich an der Wahlliste des Wahlkomitees der SLD für die Wahlen zum Europäischen Parlament im Jahr 2014 zu beteiligen, die um weitere Themen unter dem Motto »Allianz für Europa« erweitert wird. Gleichzeitig gibt der Landesrat der SLD bekannt, dass er keine Verständigung mit politischen Kräften und Personen akzeptiert, die im polnischen öffentlichen Leben nicht die linke Strömung repräsentieren und gegen die grundlegenden Regeln der politischen Kultur und des parlamentarischen Zusammenlebens verstoßen. Jeder, der auf den Listen verzeichnet ist, muss im Falle seiner Wahl ebenfalls erklären, dass er nach den Wahlen der Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas im Europäischen Parlament beitreten wird. Warszawa, 23.03.2013

Quelle: Uchwała rady Krajowej SLD w sprawie obecnej sytuacji społeczno-politycznej w kraju LEWICOWA ALTERNATYWA http://www.sld.org.pl/nowastrona/public/ckfinder/userfiles/files/Uchwa%C5%82a_RK_SLD_sytuacja_spo%C5%82_polit_23_03.pdf (abgerufen am 3.05.2013)

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Entschließung des Landesvorstandes der SLD zum Programmatischen Kongress der Linken

1. Der Programmatische Kongress der Linken am 16. Juni 2013 wird eines der wichtigsten Ereignisse auf der politischen Bühne im Jahr 2013 sein. Zum ersten Mal im 21. Jahrhundert werden sich verschiedene Strömungen der polnischen Linken treffen. Der Kongress wird sowohl ein politisches als auch ein programmatisches sowie ein kulturelles Ereignis sein. Der Kongress wird ein gemeinsames Konzept für den Ausweg Polens aus der Wirtschaftskrise und die weitere Entwicklung unseres Landes vorstellen.

2. Dieses Ereignis wird die bisher dominierende Doktrin des Neoliberalismus überwinden. Es werden Diskussionsforen zur sozial-existentiellen Situation der Gesellschaft, zur Weltwirtschaftskrise, zu Rechten und Freiheiten der Bürger, zur Situation der polnischen Kultur, zu der Linken, zu Innovation und neuen Technologien organisiert. Der Politisch-Programmatische Rat der Demokratischen Linksallianz [Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD] wird für diese Gelegenheit einen eigenen »Bericht über Polen« vorbereiten. Darüber hinaus werden Begleitveranstaltungen wie Ausstellungen stattfinden sowie Präsentationen von Leistungen des linken gesellschaftlichen Milieus und von Organisationen der gesellschaftlichen Linken.

[...]

4. Der Landesvorstand der SLD bringt seine Zufriedenheit zum Ausdruck, dass alle drei ehemaligen Staatspräsidenten der Republik die Einladung zum Programmatischen Kongress der Linken angenommen haben. Dies entscheidet über den hohen Rang dieses Ereignisses und ist außerdem eine Anerkennung der Rolle, die die polnische Linke in der Geschichte unseres Landes gespielt hat.

[...]

Warszawa, 17.04.2013

Quelle: *Stanowisko Zarządu Krajowego SLD w sprawie projektu Europy+* http://www.sld.org.pl/nowastrona/public/ckfinder/userfiles/files/Uchwa%C5%82y_ZK_SLD_17_04.pdf (abgerufen am 3.05.2013)

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Die Haltung des Landesvorstandes der SLD gegenüber dem Projekt Europa+

Die Demokratische Linksallianz [Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD] betrachtet in Anknüpfung an den Beschluss des Landesrates der SLD vom 23.03.2013 die entstehende politische Initiative Europa+ als eine gegen sie konkurrierende Wahlliste in den kommenden Wahlen zum Europäischen Parlament im Jahr 2014. Die SLD ist zur Auseinandersetzung mit diesem und auch allen anderen politischen Projekten bereit. Die SLD hat angesichts konkurrierender Mitte-Links Projekte (Polnische Sozialdemokratie/Socjaldemokracja Polska, Demokratische Partei/Partia Demokratyczna demokraci.pl, Verständigung für die Zukunft – MitteLinks/Porozumienie dla Przyszłości – CentroLewica) ihre Position auf der politischen Bühne viele Male bestätigt. Gleichzeitig unterstreicht der Landesvorstand der SLD, dass in Übereinstimmung mit Art. 5, Punkt 2, des Statuts der SLD ein Mitglied der SLD nicht für eine konkurrierende Wahlliste tätig werden darf. Solche Situationen werden eine entsprechende Reaktion der betreffenden satzungsgemäßen Organe der Partei zur Folge haben.

Warszawa, 17.04.2013

Quelle: *Stanowisko Zarządu Krajowego SLD w sprawie projektu Europy+* http://www.sld.org.pl/nowastrona/public/ckfinder/userfiles/files/Uchwa%C5%82y_ZK_SLD_17_04.pdf (abgerufen am 3.05.2013)

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Programm [»Europa Plus«]

Das Programm von Europa Plus ist immer noch in der Entstehung begriffen, wobei die Treffen mit den Bürgern, die in ganz Polen stattfinden, keinen geringen Anteil daran haben. Das fertige Produkt werden wir entsprechend früh präsentieren, um die Wähler von ihm zu überzeugen. Heute wollen wir unsere grundsätzlichen Beobachtungen mitteilen, die unsere Überlegungen bestimmen.

Die Europäische Union, der wir im Jahr 2004 beitraten, existiert nicht mehr. Die Finanz- und Wirtschaftskrise verändert sie mehr als die große Erweiterung um zwölf neue Mitgliedsstaaten oder sogar das Ende des Kalten Krieges. Bis zur gegenwärtigen Krise entwickelte sich die Europäische Union »linear«. Es wurde über den Umfang der Erweiterung, die Vertiefung der Integration, über diese oder jene Politik debattiert, aber alles war vorhersehbar. Es gab eine Unmenge an Kompromissen, aber alle wussten, dass sie davon profitieren, dass sie zusammen sind. Diese Überzeugung wurde auf eine harte Probe gestellt. **Wenn die Europäische Union fortbestehen soll, muss sich ihre weitere Integration sprunghaft vollziehen: Europa, die gegenseitigen Verpflichtungen und Beziehungen der Mitgliedsländer, der Grad des Solidarismus zwischen den Bürgern müssen aufs Neue überdacht werden.**

Die Logik der »alten« Europäischen Union brachte das größte Problem hervor, mit dem Europa heute fertig werden muss. Unter anderem geht es um die Mängel in der Konstruktion der gemeinsamen Währung. Die Annahme, dass eine gemeinsame Geldpolitik ohne eine Bankenunion und eine gemeinsame Fiskalpolitik funktionieren kann, war naiv. Jetzt findet die große Korrektur dieses Fehlers statt, was bedeutet, dass **die weitere Integration im Rahmen der Eurozone stattfinden wird.**

Die heutigen Schwierigkeiten haben aber auch noch einen anderen Ursprung, über den weniger gesprochen wird. Es ist dies die **große ökonomische Anpassung, die durch drei große Herausforderungen markiert wird: Demographie, technologische Revolution, Globalisierung.** In absehbarer Zeit wird in Europa die Zahl der arbeitenden Hände zurückgehen. Diesen Mangel wird man dank neuer Technologien ausgleichen können, aber dennoch werden wir nicht vor einer ernsthaften Debatte über das Thema Immigration fliehen können: Während Europa älter werden wird, wird die Anzahl der Menschen auf der Welt weiter steigen – vor allem in Ländern, die schon heute überbevölkert sind. Für

Polen ist dies eine besondere Herausforderung, denn unter allen Staaten der OECD wird nur Japan bis zum Jahr 2060 eine radikalere Alterung seiner Bevölkerung erfahren.

Die Polen befanden sich im Clinch. Wir haben unglaublich von der alten Kalkulation der Integration profitiert und es fällt uns schwer zuzugeben, dass diese ihr Potential erschöpft hat. Es reicht, sich bewusst zu werden, dass in den Jahren 2009 bis 2011 über die Hälfte der öffentlichen Investitionen in Polen mit – sehr häufig enormer – Beteiligung europäischer Mittel realisiert wurde. Auf der anderen Seite wollen wir nicht für die Fehler anderer bezahlen, die über ihre Verhältnisse gelebt haben. **Wir versuchen so zu tun, als wäre nichts geschehen.** Das ist allerdings die schlechteste der möglichen Optionen. Die Regierung beherrschte die Kunst, eine pro-europäische Rhetorik mit einem ewigen Abwarten zu kombinieren. Eine solche Strategie bedeutet das Risiko, im »Niemandland« zu verharren. Diese Option ist umso weniger attraktiv für Polen, als wir mit der EU unsere gesamte politische Identität verknüpft haben. Außerhalb der Europäischen Union haben wir wirklich nicht viel, weniger als uns scheint.

Daher müssen wir in eine neue, föderale Union investieren. Was bedeutet das in der Praxis? Drei Dinge – **erstens eine möglichst enge Beziehung zur Eurozone** und einen glaubwürdigen Plan für den Beitritt innerhalb der nächsten fünf Jahre. Zweitens Mut bei der Formulierung von Vorschlägen zu institutionellen Veränderungen. Drittens eine proaktive Haltung in Schlüsselfragen der europäischen Politik, wie Energiepolitik oder Entwicklung neuer Technologien.

Wir erinnern daran, dass es sich bei einer **Föderation nicht um eine Zentralisierung handelt, sondern darum, »Entscheidungen auf einem entsprechenden Level zur treffen«.** Das mythische Brüssel wird uns nicht alles diktieren. Es ist es allerdings wert, sich um zwei Dinge zu kümmern – darum, dass die Europäische Union nicht nur Sicherheit bedeutet, sondern auch Wachstum, sowie darum, dass die Föderalisierung auch die Außenpolitik umfassen wird.

Unabhängig vom bereits Gesagten, gibt es eine Menge Fragen, wie die neue Europäische Union aussehen sollte. Unter anderem:

Sollte das vereinte Europa in der Außenpolitik auf die Vereinigten Staaten als strategischen Partner oder als potentiellen Konkurrenten schauen?

Soll eine gemeinsame Verteidigungspolitik die Auflösung des nationalen Militärs und die Schaffung einer europäischen Armee bedeuten?

Wollen wir, wenn wir die Kompetenzen der nationalen Regierungen beschränken, dies nur »nach oben« zum Ausdruck bringen oder auch »nach unten« und ein Europa der Regionen schaffen?

Wollen wir angesichts der Probleme der gegenwärtig bestehenden Rentensysteme europäische Renten einführen? Falls ja, wer sollte deren berechtigter Empfänger sein?

Bis zu welchem Grad sollte das Bildungswesen integriert werden – reicht es uns, die Inhalte der nationalen Geschichtslehrbücher abzustimmen, oder wollen wir mehr, z. B. allgemeinen und verpflichtenden Englischunterricht bis zu dem Niveau, dass sich alle Bürger der Europäischen Union fließend der Sprache bedienen können?

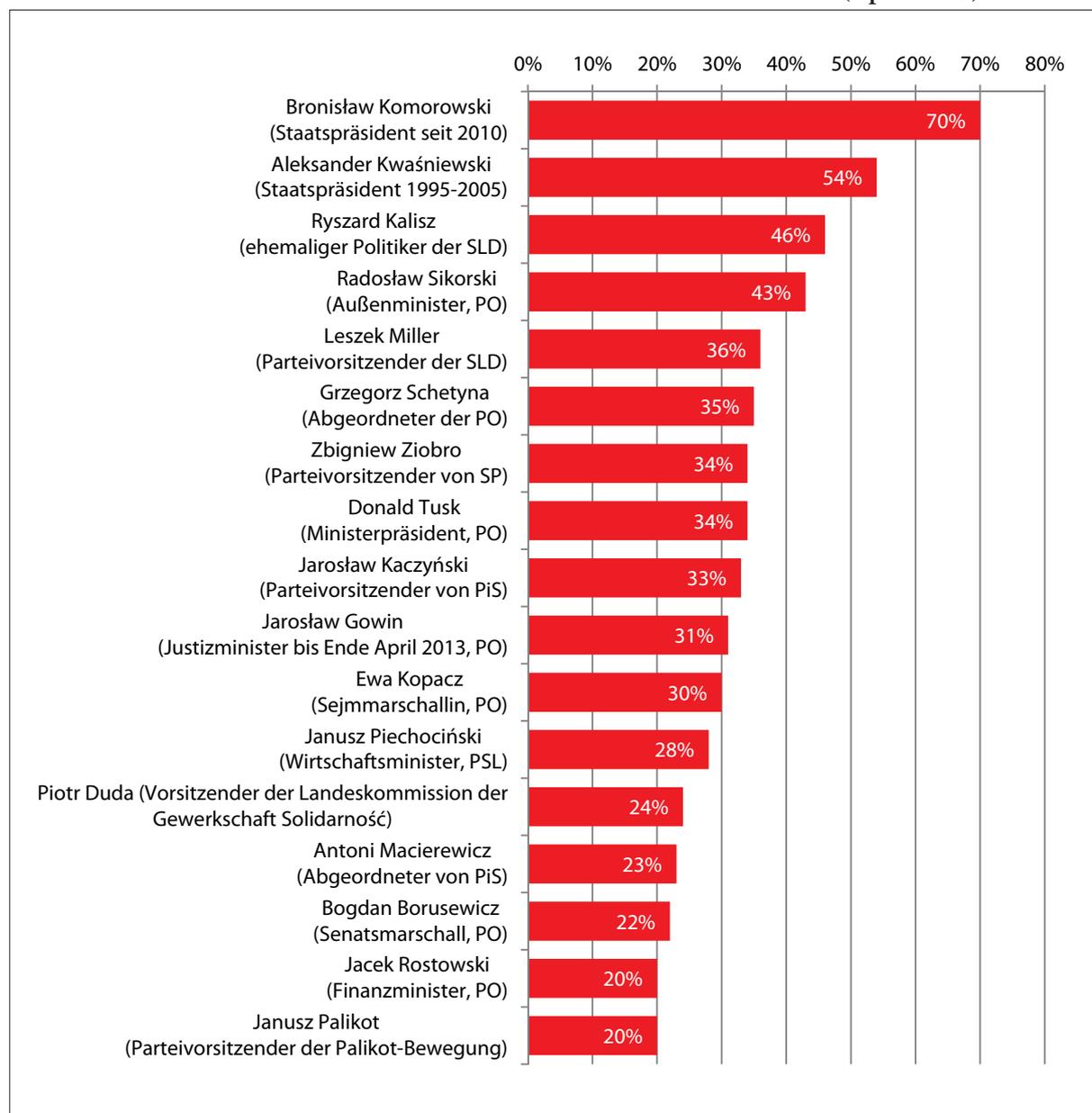
»Europa Plus« wird in den nächsten Monaten Antworten auf diese und andere Dilemmata vorschlagen.

Quelle: [Programm von Europa Plus] <http://www.europaplus.org.pl/program.html> (abgerufen am 3.05.2013)

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Vertrauen in die Politiker und »Sonntagsfrage«

Grafik 1: Vertrauen zu Politikern und Personen des öffentlichen Lebens (April 2013)



PiS – Prawo i Sprawiedliwość/Recht und Gerechtigkeit

PO – Platforma Obywatelska/Bürgerplattform

PSL – Polskie Stronnictwo Ludowe/Polnische Bauernpartei

Ruch Palikota/Palikot-Bewegung

SLD – Sojusz Lewicy Demokratycznej/Demokratische Linksallianz

SP – Solidarna Polska/Solidarisches Polen

Quelle: CBOS BS/53/2013 Zaufanie do polityków w kwietniu [Vertrauen gegenüber Politikern im April]. Warszawa, 04/2013. www.cbos.pl

Tabelle 1: Veränderungen der Vertrauenswerte gegenüber Politikern

	10/2011	11/2011	12/2011	01/2012	02/2012	03/2012	04/2012	05/2012	06/2012	07/2012	08/2012	09/2012	10/2012	11/2012	12/2012	01/2013	02/2013	03/2013	04/2013
Bogdan Artukowicz (Gesundheitsminister, PO)	-	21	23	27	25	19	23	22	23	22	24	20	22	22	21	21	16	17	19
Bogdan Borusewicz (Senatsmarschall, PO)	25	26	23	28	27	23	24	24	22	24	24	23	24	26	24	22	22	22	22
Jarosław Gowin (Justizminister bis Ende April 2013, PO)	-	-	22	26	24	24	26	25	26	23	26	25	29	26	29	30	30	33	31
Jarosław Kaczyński (Vorsitzender von PiS)	30	28	28	29	27	32	31	27	32	32	29	30	32	25	27	27	31	30	33
Ryszard Kalisz (ehemaliger Politiker der SLD)	48	45	45	-	-	43	46	49	47	43	45	46	48	48	52	47	50	46	46
Bronisław Komorowski (Staatspräsident seit 2010)	74	75	72	71	72	68	68	69	68	70	71	67	67	69	69	68	70	70	70
Ewa Kopacz (Sejm-marschallin, PO)	42	42	40	33	28	26	35	32	31	31	32	33	32	35	31	34	29	29	30
Aleksander Kwaśniewski (Staatspräsident 1995–2005)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	54
Antoni Macierewicz (Abgeordneter von PiS)	20	21	-	-	22	-	20	18	21	22	21	-	21	19	21	22	23	22	23

(Fortsetzung auf der nächsten Seite)

Tabelle 1: Veränderungen der Vertrauenswerte gegenüber Politikern (Fortsetzung)

	10/ 2011	11/ 2011	12/ 2011	01/ 2012	02/ 2012	03/ 2012	04/ 2012	05/ 2012	06/ 2012	07/ 2012	08/ 2012	09/ 2012	10/ 2012	11/ 2012	12/ 2012	01/ 2013	02/ 2013	03/ 2013	04/ 2013
Leszek Miller (Parteivorsitzender der der SLD)	-	35	35	38	39	36	33	38	38	36	36	37	37	40	38	35	37	38	36
Slawomir Nowak (Verkehrs- minister, PO)	-	-	-	18	15	15	19	16	20	19	17	16	16	17	18	15	15	15	15
Janusz Palikot (Parteivorsitzender der der Palikot- Bewegung)	36	28	31	37	32	29	27	29	21	23	27	23	26	26	25	26	23	21	20
Janusz Piechociński (Wirtschafts- minister, PSL)	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	28	29	30	31	28
Jacek Rostowski (Finanzminister, PO)	28	25	27	27	29	23	23	24	25	24	27	23	25	25	25	23	21	24	20
Radosław Sikorski (Außenminister, PO)	51	49	50	51	48	45	48	47	49	46	49	47	46	46	45	46	44	44	43
Donald Tusk (Minister- präsident, PO)	55	54	52	49	44	36	36	36	42	40	41	37	38	43	42	41	38	36	34
Zbigniew Ziobro (Partei- vorsitzender von SP)	-	36	32	31	32	32	31	32	31	36	34	33	35	33	33	32	32	30	34

PiS – Prawo i Sprawiedliwość/Recht und Gerechtigkeit

PO – Platforma Obywatelska/Bürgerplattform

PSL – Polskie Stronnictwo Ludowe/Polnische Bauernpartei

Ruch Palikota/Palikot-Bewegung

SLD – Sojusz Lewicy Demokratycznej/Demokratische Linksalianz

SP – Solidarna Polska/Solidarisches Polen

Quelle: CBOS BS/53/2013 *Zaufanie do polityków w kwietniu [Vertrauen gegenüber Politikern im April]. Warszawa, 04/2013.* www.cbos.pl

Tabelle 2: Wen würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Wahl wäre?*

	01/ 2012	02/ 2012	03/ 2012	04/ 2012	05/ 2012	06/ 2012	07/ 2012	08/ 2012	09/ 2012	10/ 2012	11/ 2012	12/ 2012	01/ 2013	02/ 2013	03/ 2013	04/ 2013
PO	40	33	29	29	27	32	32	36	31	28	34	32	31	25	25	25
PiS	18	19	23	22	21	20	25	22	23	24	18	20	22	24	22	23
SLD	8	8	8	9	12	9	9	8	8	8	9	8	8	7	10	8
PSL	7	7	8	5	7	6	4	6	5	5	7	8	6	8	6	6
Ruch Palikota	4	9	8	6	7	3	5	5	4	4	4	5	4	5	6	2
Nowa Prawica Janusza Korwin- Mikkego	2	2	2	3	2	1	1	2	1	1	2	2	2	2	4	2
SP	2	3	3	4	3	3	3	2	3	3	3	1	3	3	1	3
PJN	1	2	0	1	1	1	2	1	2	0	1	1	1	2	1	1
PPP	0	1	0	0	0	1	0	1	0	1	0	0	1	0	1	1
Prawica Rzeczypos- politej	0	0	1	0	0	0	0	1	0	0	1	0	0	0	0	1
andere	1	2	1	1	2	1	1	1	1	2	1	2	1	1	2	3
schwer zu sagen	16	15	17	21	18	22	18	16	21	24	21	20	22	23	23	24

*Berücksichtigt wurden die Antworten derjenigen, die Angaben, zur Wahl zu geben.

PO – Platforma Obywatelska/Bürgerplattform

PiS – Prawo i Sprawiedliwość/Recht und Gerechtigkeit

SLD – Sojusz Lewicy Demokratycznej/Demokratische Linksalianz

PSL – Polskie Stronnictwo Ludowe/Polnische Bauernpartei

Ruch Palikota/Palikor-Bewegung

Nowa Prawica Janusza Korwin-Mikkego – Neue Rechte von Janusz Korwin-Mikke

SP – Solidarna Polska/Solidarisches Polen

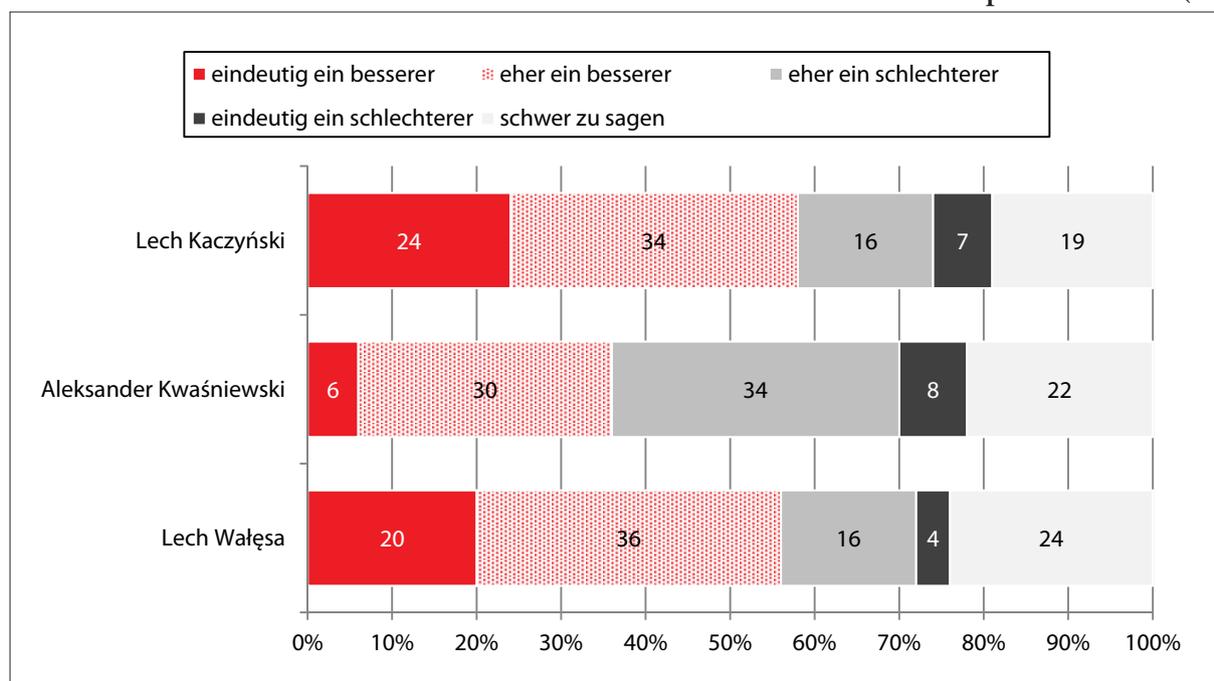
PJN – Polska jest Najważniejsza/Polen ist das Wichtigste

PPP – Polska Partia Pracy/Polnische Arbeitspartei

Prawica Rzeczypospolitej/Rechte der Republik

Quelle: CBOS BS/47/2013 Preferencje partyjne w kwietniu [Parteipräferenzen im April]. Warszawa 04/2013. www.cbos.pl

Grafik 2: Ist Bronisław Komorowski ein besserer oder eine schlechterer Staatspräsident als... (%)



Quelle: CBOS BS/14/2013 *Opinie o prezydencie Bronisławie Komorowskim w połowie kadencji* [Meinungen über Staatspräsident Bronisław Komorowski in der Mitte seiner Amtszeit]. Warszawa 02/2013. www.cbos.pl

CHRONIK

Vom 16. April bis zum 6. Mai 2013

16.04.2013	Die unabhängige Sejm-Abgeordnete Wanda Nowicka, vorher Sejm marschallin aus den Reihen der Palikot-Bewegung (Ruch Palikota), kritisiert die neue Mitte-Links Bewegung »Europa Plus«, die u. a. von dem ehemaligen Staatspräsidenten Aleksander Kwaśniewski, dem Vorsitzenden der Palikot Bewegung, Janusz Palikot, und dem unabhängigen Abgeordneten Ryszard Kalisz (vorher Demokratische Linksallianz /Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD) ins Leben gerufen wurde. Es handle sich seit Jahren immer um dieselben Akteure und es sei Betrug zu behaupten, dass mit »Europa Plus« eine neue politische Linke entstehe.
17.04.2013	Bei einer Informationsveranstaltung zur Förderung von Schiefergas in Polen hebt Wirtschaftsminister Janusz Piechociński hervor, dass sich für den polnischen Energiemarkt dadurch eine Diversifizierung und zunehmende Unabhängigkeit insbesondere von Energielieferungen aus dem Osten ergeben würden. Die größere Energiesicherheit werde eine schrittweise Modernisierung des Energiesektors und eine Reduzierung der Emission von Treibhausgasen zur Folge haben.
19.04.2013	In Warschau finden die Hauptfeierlichkeiten zum Gedenken an den 70. Jahrestag des Warschauer Ghettoaufstands statt. Neben Staatspräsident Bronisław Komorowski nehmen der letzte lebende Anführer des Aufstands, Symch Rotem, Ministerpräsident Donald Tusk, die Vorsitzenden des Sejm und des Senats, der Präsident des Europäischen Parlaments, Martin Schulz, sowie Delegierte aus Israel und anderen Ländern teil. Für Schulz ist es der erste offizielle Besuch in Polen, bei dem er auch hochrangige Vertreter des Parlaments und der Regierung zu Gesprächen u. a. über die langfristige Perspektive des EU-Haushalts trifft.
19.04.2013	Ministerpräsident Donald Tusk leitet die Entlassung von Schatzminister Mikołaj Budzanowski ein, da dieser laut einem Bericht von Innenminister Bartłomiej Sienkiewicz keine Kenntnis von einem Memorandum der Energiekonzerne Gazprom und EuRoPol Gaz von Anfang April gehabt haben soll, das die Möglichkeiten beschreibt, einen Abzweig der Gaspipeline Jamal II von Belarus durch Polen in die Slowakei und nach Ungarn zu führen.

20.04.2013	Auf einer Veranstaltung von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) in Żyrardów (Woiwodschaft Masowien) kritisiert der Parteivorsitzende Jarosław Kaczyński die Regierungspolitik in den Bereichen Arbeitsmarkt, Gesundheits- und Rentenwesen.
21.04.2013	Justizminister Jarosław Gowin behauptet in TVN 24, dass deutsche Wissenschaftler an Embryonen forschen, die aus Polen stammen. Der Import erkläre sich daraus, dass in Deutschland Experimente an deutschen Embryonen verboten seien.
22.04.2013	Ministerpräsident Donald Tusk und Bundeskanzlerin Angela Merkel nehmen in Berlin unter dem Titel »Ein Gespräch über Europa« an der Vorstellung der Biographie der Bundeskanzlerin teil. Tusk unterstreicht, dass im europäischen Kontext die Idee der Freiheit für jeden Politiker der wichtigste Wert sein sollte. In Europa herrsche die falsche Auffassung, dass die Bedeutung der Europäischen Union darin bestehe, Wohlstand zu sichern und finanzielle Mittel bereitzustellen. Merkel weist darauf hin, dass die Freiheit und ihr Verhältnis zur Verantwortung neu definiert werden müssten. Der Wunsch nach Freiheit beschränke sich dabei nicht auf Europa.
23.04.2012	Ministerpräsident Donald Tusk teilt nach der Kabinettsitzung mit, dass die Energiearbeitsgruppe unter der Leitung von Wirtschaftsminister Janusz Piechociński, wie der Ministerrat, regelmäßig zusammenkommen soll. Alle Minister, in deren Zuständigkeitsbereich Energiefragen fallen, das sind der Schatzminister, der Innenminister, der Umweltminister, der Finanzminister und der Minister für Infrastruktur, seien verpflichtet, an den Sitzungen teilzunehmen.
24.04.2013	Staatspräsident Bronisław Komorowski beruft Włodzimierz Karpiński auf Vorschlag des Ministerpräsidenten in das Amt des Schatzministers. Karpiński war bisher stellvertretender Minister für Verwaltung und Digitalisierung. In der vergangenen Woche hatte Ministerpräsident Donald Tusk die Entlassung von Schatzminister Mikołaj Budzanowski eingeleitet, da dieser keine Kenntnis von einem Memorandum der Energiekonzerne Gazprom und EuRoPol Gaz von Anfang April hatte, das die Möglichkeiten beschreibt, einen Abzweig der Gaspipeline Jamal II von Belarus durch Polen in die Slowakei und nach Ungarn zu führen.
25.04.2013	Außenminister Radosław Sikorski appelliert auf einer Pressekonferenz in Kiew an die ukrainische Regierung und die Opposition, ihre Differenzen beizulegen und die notwendigen Reformen durchzuführen, um das ukrainische Recht an den EU-Standard anzupassen und ein Assoziierungsabkommen zwischen der EU und der Ukraine zu ermöglichen. Angestrebt werde die Unterzeichnung des Abkommens auf dem Gipfel der Östlichen Partnerschaft im November in Wilna (Litauen). Vorangegangen waren Gespräche zwischen Sikorski, dem dänischen Minister für europäische Angelegenheiten, Nicolai Wammen, dem niederländischen Außenminister Frans Timmermans, dem litauischen Außenminister Linas Linkevičius und dem ukrainischen Präsidenten Wiktor Janukowitsch sowie Vertretern der ukrainischen Opposition.
26.04.2013	Das Appellationsgericht in Warschau spricht in zweiter Instanz die ehemalige Abgeordnete der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO), Beata Sawicka, und den Bürgermeister von Hel, Mirosław Wądołowski, von Korruptionsvorwürfen frei. Beide waren im Jahr 2012 verurteilt worden, nachdem das Zentrale Antikorruptionsbüro (Centralne Biuro Antykorupcyjne – CBA) sie im Jahr 2009 mit illegalen Mitteln der Korruption überführt hatte.
27.04.2013	Der Vorsitzende von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), Jarosław Kaczyński, bezeichnet das Urteil des Warschauer Appellationsgerichts vom Vortag als Skandal. Das Urteil diene der Legitimierung von Korruption und sei ein Versuch, den Staat zu lähmen.
29.04.2013	Ministerpräsident Donald Tusk entlässt Justizminister Jarosław Gowin aus dem Amt. Einer von mehreren Anlässen in der jüngsten Zeit (Einstellung zur In vitro-Fertilisation, rechtliche Stellung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften u. a.) sind Irritationen über Gowins Behauptung, dass deutsche Wissenschaftler an Embryonen forschen, die aus Polen stammen. Neuer Justizminister wird der Abgeordnete der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) und ehemalige Innenminister Marek Biernacki, der wie Gowin dem konservativen Flügel der PO zugerechnet wird.
30.04.2013	Finanzminister Jacek Rostowski teilt mit, dass das Defizit des öffentlichen Haushalts im Jahr 2013 3,5 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) betragen wird. Im Jahr 2012 betrug das Defizit 3,9 % des BIP.
01.05.2013	Bei einem öffentlichen »Europäischen Picknick« im Łazienki-Park in Warschau hebt Staatspräsident Bronisław Komorowski hervor, dass der Feiertag des 1. Mai (Tag der Arbeit) in der Volksrepublik ein obligatorischer Feiertag des kommunistischen Regimes gewesen sei, während Polen gegenwärtig und in Zukunft den Beitritt Polens zur europäischen Union am 1. Mai 2004 feiere.
02.05.2013	Die Europäische Kommission gibt bekannt, dass sie von Polen die Rückzahlung von 79,9 Mio. Euro fordert, die Polen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik für die Jahre 2004 bis 2006 gezahlt worden waren. Grund dafür seien auf polnischer Seite Mängel bei der Überprüfung der Erstanträge sowie bei den Geschäftsplänen der Antragsteller. Landwirtschaftsminister Stanisław Kalemba kündigt Einspruch vor dem Europäischen Gerichtshof an.

03.05.2013	Am Nationalfeiertag der Verfassung vom 3. Mai 1791 stellt Zbigniew Ziobro, Parteivorsitzender von Solidarisches Polen (Solidarna Polska – SP), ein Gesetzesprojekt zur Novellierung der Verfassung vor. Dies sieht u. a. vor, dass der Staatspräsident die Funktion des Regierungschefs ausübt, der Senat aufgelöst und der Sejm um die Hälfte der Abgeordneten verringert wird. Außerdem soll die Immunität der Abgeordneten abgeschafft werden.
05.05.2013	Der Generalsekretär der Demokratischen Linksallianz (Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD), Krzysztof Gawkowski, kritisiert, dass Staatspräsident und Regierung in diesem Jahr den Feiertag des 1. Mai (Tag der Arbeit) gegenüber dem Feiertag »Tag der Fahne der Republik Polen« (2. Mai) und dem Nationalfeiertag des 3. Mai vernachlässigt hätten. Die SLD werde ein Gesetzesvorhaben vorlegen, das die Pflichten und Aufgaben der öffentlichen Institutionen gegenüber staatlichen Feiertagen regelt.
06.05.2103	In Prag vereinbaren der tschechische und der polnische Landwirtschaftsminister, Petr Bendl und Stanisław Kalemba, Zusammenarbeit im Bereich der Lebensmittelqualität und -sicherheit sowie Zusammenarbeit und Kommunikation zwischen den betreffenden Aufsichtsorganen und die Präsentation entsprechender Ergebnisse. Hintergrund sind Medienberichte über polnische Exporte von Fleisch und anderen Lebensmitteln von geringer Qualität nach Tschechien.

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Deutsch-Polnische Sommerakademie des Deutschen Polen-Instituts für Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler

31. August bis 8. September 2013 – Darmstadt

Die Interdisziplinäre Deutsch-Polnische Sommerakademie gibt Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern die Gelegenheit, ihre aktuellen Forschungsprojekte in einem multidisziplinären Kreis vorzustellen und über Aspekte von Geschichte und Gegenwart Polens, Deutschlands und der deutsch-polnischen Beziehungen in einem europäischen Kontext zu diskutieren. Sie werden dabei von drei hervorragenden Fachvertretern sowie von den wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Deutschen Polen-Instituts betreut. Seminarblöcke, Vorträge und kulturelle Veranstaltungen ergänzen das Programm; es besteht auch die Möglichkeit zur Arbeit in Bibliothek und Archiven des Deutschen Polen-Instituts. Ziel ist es, junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus beiden Ländern auf unkonventionelle Weise miteinander zu vernetzen und für die Komplexität des deutsch-polnischen Beziehungsgeflechts zu sensibilisieren.

Angesprochen sind Doktorandinnen und Doktoranden, Postdocs, aber auch fortgeschrittene Studierende kurz vor dem Abschluss, vornehmlich aus Deutschland und Polen, die sich in ihrer aktuellen wissenschaftlichen Arbeit mit Deutschland, Polen bzw. den deutsch-polnischen Beziehungen beschäftigen. Voraussetzung der Teilnahme ist eine halbstündige Projektvorstellung. Arbeitssprache ist Deutsch, Kenntnisse des Polnischen und des Englischen werden vorausgesetzt.

Teilnehmerbeitrag: 100 Euro für deutsche /60 Euro für polnische Teilnehmer. Die Kosten für Unterkunft, Verpflegung und die Reisekosten werden vom Veranstalter übernommen.

Dozenten: Prof. Dr. Alfred Gall (Universität Mainz)
Prof. Dr. Stefan Garsztecki (TU Chemnitz)
Prof. Dr. Philipp Ther (Universität Wien)

Bewerbungsschluss ist der 5. Juni 2013

DEUTSCHES
POLEN
INSTITUT

Gefördert durch:

DEUTSCH	POLSKO
POLNISCHE	NIEMIECKA
WISSENSCHAFTS	FUNDACJA
STIFTUNG	NA RZECZ NAUKI

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Bremer Forschungsstelle Osteuropa und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde in Partnerschaft mit dem Willy Brandt Zentrum für Deutschland- und Europastudien an der Universität Wrocław (Breslau) herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf bpb.de



Deutsches Polen-Institut Darmstadt

Das Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations-, und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Das seit März 1980 aktive und bis 1997 von Gründungsdirektor Karl Dedecius geleitete Institut ist eine Gemeinschaftsgründung der Stadt Darmstadt, der Länder Hessen und Rheinland-Pfalz sowie des Bundes. 1987 wurden die Kultusminister der Länder und 2011 das Auswärtige Amt weitere institutionelle Träger. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Das DPI hat satzungsgemäß die Aufgabe, durch seine Arbeit zur Vertiefung der gegenseitigen Kenntnisse des kulturellen, geistigen und gesellschaftlichen Lebens von Polen und Deutschen beizutragen.

Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft und, wesentlich stärker ausgeprägt als bisher, um das Hineinwirken in Wissenschaft, Forschung und Bildung.

Derzeit bemüht sich das DPI in Kooperation mit den verstreuten Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten verstärkt darum, ausgehend von einer Bestandsaufnahme deutscher Polen-Forschung Ort wissenschaftlicher Forschung und verbindendes, vernetzendes und kooperierendes Zentrum zu werden. Ausgangspunkt der Neuausrichtung ist die kaum mehr kontrollierbare Dynamik des Rückbaus der Ressourcen der wissenschaftlichen Polen-Kompetenz in den unterschiedlichen Disziplinen. Mit der über 60.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Literatur in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI bereits ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens. (www.deutsches-polen-institut.de)

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationsdienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Herausgegeben mit finanzieller Unterstützung der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit



FUNDACJA WSPÓŁPRACY
POLSKO-NIEMIECKIEJ
STIFTUNG
FÜR DEUTSCH-POLNISCHE
ZUSAMMENARBEIT

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Prof. Dr. Dieter Bingen (verantwortlich) (Darmstadt), Silke Plate, M.A. (Bremen)

Technische Gestaltung: Matthias Neumann

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Polen-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1863-9712 © 2013 by Deutsches Polen-Institut Darmstadt und Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Deutsches Polen-Institut, Mathildenhöhweg 2,

D-64287 Darmstadt, Tel.: 06151/4985-13, Fax: 06151/4985-10, E-Mail: polen-analysen@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen